Nr. 284. 14. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3334) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Donnerstag, den 6. Dezember 1900.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Filialen: Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, Lokstedt und Eidelstedt bei Carl Dreyer, Belle-Alliancestr. 54, pt. l., Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heitmannstraße 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Hs. 8, 1. Etage, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 89, Altona. Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen-Blankenese bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

„Die Welt will getäuscht sein.“

Wie hat man sich einst im liberalen Bürgerthum über diesen Spruch mokirt und über das Pfaffenthum, das nach dieser Maxime verfahre und vor der Welt einen Glauben und eine Frömmigkeit zur Schau trage, deren es innerlich entfremdet ward! Wer hätte damals gedacht, daß ein bürgerlicher Gentleman, der einen resp. den Typus der Großbourgeoisie repräsentirt, denselben Spruch als seine Leib-Devise in sozialpolitischen Dingen, im Verhalten gegen die Arbeiterschaft, mit cynischem Lächeln in Anwendung bringt! Und um wie viel gemeinschädlicher ist solches sozialpolitisches Komödiantenthum als das pfäffische, zu dem es sich ungefähr verhalten mag wie die Influenza zum Schnupfen.

Aber wie! — Erklärte nicht der „Hamburgische Correspondent“ die betreffende Stelle des Laeisz'schen Briefes als eine ironische Aeußerung des Mißbehagens, das der große Rheder gegenüber dem büreaukratischen Reglementirsystem empfunden habe?

Als wir diese geistreiche Interpretation lasen, fiel uns alsbald die Stelle im 3. Theil von Heines „Reisebildern“ ein, welche erzählt, wie der Dichter in München dem Kellnermädel Nannerl, das die Ironie für eine Biersorte gehalten hatte, auseinandersetzt: Ehemals, liebes Kind, wenn Jemand eine Dummheit beging, was war da zu thun? Das Geschehene konnte nicht ungeschehen gemacht werden und die Leute sagten: der Kerl war ein Rindvieh. Nun aber ward ein rückwirkendes Mittel erfunden, wodurch man jede Dummheit gleichsam ungeschehen machen und sogar in Weisheit umgestalten kann. Es besteht darin, daß man erklärt, man habe jene Dummheit blos aus Ironie begangen und gesprochen. — Wir verwahren uns ausdrücklich gegen die Unterstellung, als wollten wir auch das zoologische Wort in dem Zitat auf den seligen Laeisz beziehen. Das liegt uns ebenso fern wie die Auffassung seines Briefes resp. seiner Gesinnung als Dummheit. Sie ist etwas ganz Anderes.

Nach Büchmann stammt das allerliebste Sprüchlein aus dem „Narrenschiff“ von Sebastian Brant, dem wir im vorigen Jahre an dieser Stelle einen Fastnachtsartikel gewidmet. Was aber der Satiriker nur konstatirt, das postulirt dessen Zeitgenosse Machiavelli in seinem berühmtberüchtigten Buche „Vom Fürsten“ sehr ernsthaft von den Herrschern und stempelt es zur Maxime monarchischer Herrenmoral. Er erklärt im 18. Kapitel, es wäre sehr nachtheilig für einen Fürsten, stets redlich zu sein. Aber fromm, treu, menschlich, gottesfürchtig, redlich zu scheinen, ist sehr nützlich. Ganz besonders empfiehlt er den Schein der Frömmigkeit. Denn „Jeder sieht, was Du zu sein scheinst; Wenige aber merken, wie Du beschaffen bist“, und Diese wagen nicht leicht, der Mehrheit zu widersprechen.

Die unbeschränkte Macht braucht keine Verstellungsmaske zu tragen (die ja manchmal unbequem und lästig wird). Der Löwe verläßt sich nicht auf Täuschung, aber der Fuchs. Nur wo die Gewalt versagt, greift man zur List. Erst als die Fürsten die Revolution zu fürchten hatten, gesellte sich der Machiavellismus zur ungeschminkt brutalen Despotie.

Ebenso auch die herrschende Klasse in ihrem Verhalten zum Proletariat. Mit der von der sozialistischen Arbeiterbewegung ihr aufgezwungenen sozialpolitischen Aera eignet sie sich mehr und mehr die Laeisz'sche Maxime an und macht davon ausgiebigen Gebrauch, und man muß sagen: sie ist bisher nicht schlecht damit gefahren. Sie hat es mit ihren diversen Praktiken politischer und sozialpolitischer Heuchelei fertig gebracht, vielen Tausenden von Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, sie vom Anschluß an Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften abzuhalten, die Arbeiterbewegung zu zersplittern, unter allerlei Titeln sonderbündlerische Arbeiterorganisationen zu schaffen, welche bewußt (seitens der Führer) und unbewußt (seitens der Geführten) die Geschäfte der Bourgeoisie und des Unternehmerthums besorgen, und daher nicht mit Unrecht mit dem gemeinsamen Namen „Kleinkinderbewahranstalten“ bezeichnet werden.

Auf die Dauer freilich muß auch in diesen Reihen das Sprüchlein versagen, schon jetzt haben die Helleren begonnen, sich den Sand aus den Augen zu reiben und das falsche Spiel der herrschenden Klasse und ihrer Agenten in der Kutte oder im Bürgerrock ebenso zu durchschauen, wie es längst von den sozialdemokratischen Arbeitern durchschaut ward, die sich auch von der Bismarck'schen Sozialreform und dem offiziellen Arbeiterschutz nicht ködern und von der Bahn des zielbewußten Klassenkampfes nicht abdrängen ließen.

Der Ueberlegenheitsdünkel der herrschenden Klasse, dem diese feste Haltung des sozialdemokratischen Proletariats einen so starken Dämpfer aufgesetzt hat, ist aber um so lächerlicher, als sie selber noch viel leichter als die unteren Schichten dem famosen Sprüchlein in's Garn geht.

Die Wasser- und Weltpolitik liefert dafür einen drastischen Beleg. Die Interessenten der Wasser- und Weltpolitik und ihre Handlanger haben ihr enorme Profite vorgegaukelt, und alsbald hat sie mit Hurrah auf den Köder angebissen. Sogar jetzt noch, nachdem die erste Probe auf das Exempel so schief gegangen, das China-Abenteuer dem Export so schwere Wunden geschlagen hat, läßt sie sich mit der Utopie auf den weltpolitischen Zukunftsstaat vertrösten, auf die Illusion eines mächtigen Aufschwunges der überseeischen Industrie nach der Lösung des chinesischen Knotens.

„Die Welt will getäuscht sein“, wohl; aber die kapitalistische Welt noch weit mehr als die unteren Schichten.

Von der Weltbühne.

Die China-Vorlage beschäftigte am Dienstag die Budgetkommission des Reichstages in einer langen Doppelsitzung. Der in gestriger Nummer mitgetheilte telegraphische Bericht des Wolff'schen Büreaus läßt einmal wieder sehr Vieles zu wünschen übrig und ermöglicht absolut nicht, ein wirkliches Bild der Verhandlungen zu gewinnen. Daß die Kommissionsberathung noch Ueberraschungen bringen werde, hat Niemand mehr erwartet, da nach der ersten Berathung im Plenum die Annahme der Vorlage vollständig feststand. Eine Ueberraschung — wenn man es so nennen will — ergab sich nur insofern, als die berufenen Regierungsvertreter gestehen mußten, daß sie von den wirklichen Vorgängen in China nur recht mangelhaft unterrichtet sind. Von den Grausamkeiten, die in Dutzenden von Briefen in der Presse aller Parteien veröffentlicht wurden, weiß der Kriegsminister nichts, ebenso nichts von dem in den Zeitungen veröffentlichen Garnisonbefehl aus Tientsin, wonach die Soldaten nicht über die Vorgänge in China berichten sollen und für die Veröffentlichung ihrer Briefe verantwortlich gemacht werden. Von Berlin sei dazu keine Anregung gegeben. Die Zeitungsmeldungen seien nach China geschickt, um Näheres von dort zu erfahren. Mit dem sonst bei den unwichtigsten Dingen in Bewegung gesetzten Telegraphen scheint man im Verkehr mit China also sehr sparsam umzugehen und es wird noch ein nettes Weilchen dauern, bis der Kriegsminister Authentisches über die beregten Vorgänge wird mittheilen können. Auch über die Zahl der Kranken „liegen eingehende Rapporte noch nicht vor“. Bebel erklärte demgegenüber, daß er aus Privatbriefen den Eindruck gewonnen habe, daß ein halbes Armeekorps in China krank liege. Man bestritt jedoch die Beweiskraft der vorliegenden Privatbriefe, besonders soweit sie von Plünderungen und Erschießung von Gefangenen berichten. Der Kriegsminister vermißt in jenen Briefen genaue Datum- und Ortsangaben, so daß es unmöglich sei, festzustellen, um welchen Akt es sich handle. Er glaube nicht, daß derartige Dinge vorgekommen sein können. In seinen Berichten sei allenthalben erklärt, daß nur nach dem Gesetz verfahren werde. Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts Admiral v. Tirpitz gab die gleiche Erklärung für die Seebataillone ab. Bebel erklärte darauf: Es sei kein Zweifel, daß Exzesse begangen wurden und die Frage sei nur, wie weit einzelne Personen, Offiziere verantwortlich zu machen seien. Der bekannte „Taku-Brief“ existirt, in dem es heißt, daß Weiber, Kinder u. s. w. niedergemacht worden sind, und daß die Soldaten damit die Parole des Kaisers befolgt hätten. Der Brief ist in meinen Händen! Dutzende von Briefen haben diesen Vorgang bestätigt. Sonst war man sehr empfindlich bei Vorwürfen gegenüber Militärpersonen und stellte sofort Strafantrag. Bei den jetzigen schwerwiegenden Vorwürfen, die in der Presse und nicht in den sozialdemokratischen Blättern zuerst, sondern in bürgerlichen und Amtsblättern veröffentlicht worden sind, versagt der ganze Apparat. Bei alledem befinden wir uns zwar nach den Ausführungen des Kriegsministers im Krieg, aber die rechtlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen über den Kriegsfall, betreffend Kriegserklärung, Kriegskosten ꝛc., werden vollständig außer Acht gelassen. Der Kriegsminister wiederholte, die Beschuldigungen seien zu allgemein, als daß er etwas unternehmen könne.

Daß ein Krieg mit China bestehe, wurde vom Staatssekretär v. Richthofen entschieden bestritten; es handle sich nur um ein „bewaffnetes Einschreiten gegen anarchistische Zustände in China“.

Bei dem Ansatz „Verschiedene Ausgaben M. 4 949 929“ äußerte Abg. Bebel sein Erstaunen darüber, daß Geld für Unterbringung der Gefangenen gefordert werde, da doch die Gefangenen erschossen werden. Kriegsminister v. Goßler erklärte, es finde ein „regelmäßiges Verfahren“ statt; eine willkürliche Erschießung sei ausgeschlossen.

Bebel fragte, was mit Gefangenen von regulären Truppen der Chinesen geschehe? Kriegsminister v. Goßler: Chinesische Truppen, die sich ergeben, werden entwaffnet und zerstreut.

Die Opposition der Freisinnigen verpuffte fast vollständig. Auch die Anregungen Richters, wenigstens jetzt endlich eine, wenn auch nur mäßige Schwenkung zur Vernunft in der Chinapolitik durch Zurückziehung des nicht nur gänzlich überflüssigen, sondern gradezu schädlichen Aufgebotes an Marine und Landtruppen in Ostasien zu bewirken, blieben ohne jeden Erfolg. Wir dürfen keine Schwäche zeigen! sagt die Regierung und Herr Richter fiel darauf selbst um, verzichtete auf Abstimmung über seine Anregungen und wollte diese nur gegeben haben, um der Regierung Gelegenheit zu Aufklärungen zu bieten.

Nur in einer Hinsicht wies die Kommission ein merkwürdiges Verfahren der Regierung gelinde zurück. Den nach China ausmarschirenden Soldaten hat eine Kabinetsordre des Kaisers für den Fall ihrer Invalidität und im Todesfall für die Hinterbliebenen besondere Zuschüsse über die gesetzlich feststehenden Pensionssätze aus dem Dispositionsfonds zugesichert. Jetzt wollte die Regierung dem Reichstage zumuthen, jene außergewöhnliche Maßnahme nur für das laufende Etatsjahr gutzuheißen, aber für die Zukunft den unstatthaften Zustand zu belassen, daß weiterhin der Dispositionsfonds nach Belieben der Regierung zu jenen Zwecken benutzt werde, während eine gesetzliche Regelung sowohl behufs Wahrung der Rechte der Volksvertretung, als auch im Interesse der in China verwundeten Soldaten und der Hinterbliebenen der Getödteten unbedingtes Erforderniß ist. Trotz des Umfalls der regierungsfreudigen Zentrumsjuristen Bachem und Gröber nöthigte die Kommission das Reichsschatzamt zur schleunigen Vorlegung einer Gesetzesbestimmung, durch die der etatswidrige Zustand beseitigt und die Ansprüche der China-Invaliden gesichert werden.

Im Uebrigen wurde die Vorlage, soweit sie berathen ist, nach den Vorschlägen der Regierung angenommen. Das Gleiche wird zweifellos mit dem Rest geschehen, vielleicht mit Ausnahme der Art der Kostendeckung, wo das Zentrum eine andere Form wünscht. Dem Chinakurs gegenüber haben die bürgerlichen Parteien bereits alles Rückgrat verloren.

Eine Krüger-Interpellation? Im Reichstage sollen, wie der „Vorwärts“ berichtet, Erwägungen im Gange sein, ob eine Anfrage an den Reichskanzler wegen des amtlichen Verhaltens gegenüber dem Präsidenten Krüger zu richten sei.

Wir glauben nicht, daß daraus etwas wird. Soweit reicht die Kourage unserer Musterpatrioten nicht.

Unsere herrlichen Kolonien erweisen sich immer mehr als Schröpfköpfe am Geldbeutel der Union. Dem Reichstage ist die endgültige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete für 1897/98 zugegangen. Danach haben die Etatsüberschreitungen in den Ausgaben bei dem deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiet M. 956 000 betragen, wovon rund M. 73 500 durch Mehreinnahmen gedeckt sind. Im Schutzgebiete von Kamerun hat die Mehreinnahme M. 439 000, die Mehrausgabe M. 453 000 betragen, in Togo hat sich zu einer Mehrausgabe von M. 142 500 eine Mindereinnahme von M. 165 800 gesellt, so daß ein Fehlbetrag von M. 308 300 herausgekommen ist. Den größten Fehlbetrag hat aber Südwestafrika aufzuweisen und zwar in Höhe von 1,8 Millionen. Es stehen hier einer Mehreinnahme von nahezu 0,5 Millionen Mehrausgaben in Höhe von 2,3 Millionen gegenüber. Von den Mehrausgaben entfallen 1 Million auf sächliche und vermischte Ausgaben, die sich hauptsächlich in Folge der Rinderpest und des Feldzuges gegen die Swartbois gesteigert hatten, und nahezu 1 Million auf die Fortführung der Eisenbahn und des Telegraphen von Swakopmund nach Windhoek. Die Fehlbeträge für Ostafrika, Togo und Südwestafrika von insgesammt 3 Millionen Mark sind unter den einmaligen Ausgaben der Kolonial-Verwaltung in den Etat des Auswärtigen Amtes für 1901 eingestellt.

Den Nagel auf den Kopf trifft der Dr. Sigl vom „Bajerischen Vaterland“ fast immer, wenn es sich um die Beurtheilung seiner intimsten Feinde, der Herren vom Zentrum, handelt. Er kennt sie und schämt sich nicht, ihnen gründlich die Wahrheit zu sagen. So auch jetzt über den „Toleranzantrag“ des Zentrums, an welchen die Zentrumspresse nicht Dinte und Druckerschwärze genug verschwenden kann. Dr. Sigl karakterisirt denselben wie folgt:

„Der Antrag bezweckt die gesetzliche und verfassungsmäßige Einführung der „Religionsfreiheit“ im Deutschen Reich. So, so! Ei, ei! Einen solchen Antrag stellt eine sich „katholisch“ nennende Fraktion! Seit wann ist denn „Religionsfreiheit“ ein katholisches Prinzip? Soll mit den Herren Lieber und Konsorten eine neue Aera des katholischen Kirchenrechts beginnen? Sind denn im Zentrum keine Juristen? Keine Theologen? Oder haben dieselben ihre Universitätsjahre verschlafen, verkneipt oder sonstwie verbummelt? Wissen die Herren nicht, daß die katholische Kirche die Religionsfreiheit stets verworfen hat und prinzipiell stets verwerfen muß, weil sie dem innersten Wesen der katholischen Religion jederzeit widerspricht? Auf den Ausspruch des Prinzips der Religionsfreiheit ist schon hundert Mal in aller Form das kirchliche Anathem gelegt, und die ganze Gesellschaft der Zentrumspartei, wie sie im Reichstage bei einander sitzt, verfällt ohne jede Nachsicht latae sententiae dem Kirchenbann und der Exkommunikation.“

Vom streng katholischen Standpunkt hat Dr. Sigl zweifellos Recht. Aber um die Religionsfreiheit ist es dem Zentrum, wie wir schon dargelegt haben, auch gar nicht zu thun, sondern nur darum, dem Klerikalismus noch mehr Spielraum als bisher zu verschaffen. Da man diesbezüglich für die katholische Minderheit in Deutschland kein ausschließliches Privileg verlangen kann, benutzt man die „Religionsfreiheit“ als Deckmantel, indem man zugleich die nicht „anerkannten“ ausschließt von der Freiheit.

Die Antisemiten im Reichstage sind durch ihre Spaltungswuth in die unangenehme Situation gerathen, sich selbst vollständig lahm zu legen. Um sich nun einigermaßen zu helfen, sind diese Abgeordneten nun jetzt unter dem Namen „Freie wirthschaftliche Gruppe“ zusammengetreten zur Ausübung von Fraktionsrechten bei Beschickung der Kommissionen. Der an Jahren älteste Abgeordnete führt den Vorsitz bei Sitzungen, die zum Zwecke der Besetzung von Kommissionen einberufen werden. Viel Vertrauen in den Bestand selbst dieser rein äußerlichen Organisation scheint aber unter den Antisemiten selbst nicht zu herrschen. Die „Deutsch-sozialen Blätter“ bemerken nämlich bereits: Sollte es sich herausstellen, daß Unzuträglichkeiten entstehen, daß z. B. die deutsch-soziale Gruppe nicht die Berücksichtigung bei der Vertheilung der Kommissionssitze erhält, die sie beanspruchen darf, so würden die Abgeordneten jener Gruppe wahrscheinlich austreten und sich auf andere Weise die Mitarbeit in den Kommissionen sichern.

Die Bäckermeister rühren sich wieder, um das Bischen Arbeiterschutz für ihre Gesellen wieder zu beseitigen. Dem Reichstage ist aus Bäckerkreisen eine Petition zugegangen, welche um Aufhebung der Maximalarbeitszeit-Verordnung für Bäckereien und Konditoreien und um Einführung einer Minimalruhezeit ersucht.

Für die Erneuerung der Handelsverträge und den Einheitstarif wird jetzt von den Handelskammern eine lebhafte Bewegung inszenirt. Den schon erwähnten Kundgebungen der Barmer und der Mannheimer Handelskammer hat sich nun auch die Handelskammer von Düsseldorf angeschlossen.

In Köln hat sich eine von freisinniger Seite einberufene, auch von Sozialdemokratien stark besuchte Versammlung für die Handelsverträge ausgesprochen.

Daß der Duellzwang besteht, ist jetzt in dem von uns bereits erwähnten Kreuznacher Fall auch amtlich konstatirt worden. In der „Köln. Ztg.“ liest man: „In der Sitzung der Stadtverordneten (von Kreuznach) theilte Bürgermeister Kirschstein die Nichtbestätigung des Beigeordneten Salomon mit, die ihm durch den Regierungspräsidenten am 22. November mitgetheilt worden sei. Der allerhöchste Erlaß sei datirt Bad Homburg, 19. Oktober, genau ein Jahr nach der Wahl Salomons, und stütze sich auf einen Bericht des Ministers des Innern vom 9. Oktober. Man habe sowohl in Bezug auf die Persönlichkeit Salomons als auch auf dessen Leistungen als Beamter die besten Auskünfte erhalten; Salomon sei noch im Jahre 1899 als wiedergewählter Bürgermeister von Schlüchtern vom Oberpräsidenten Grafen Zedlitz-Trützschler ohne Weiteres bestätigt worden. Der Grund der auffallenden Verzögerung der königlichen Entscheidung sei darin zu suchen, daß der Vater Salomons, der frühere Hofopernsänger Salomon, beim Kaiser um Rehabilitirung seines Sohnes vorstellig geworden sei, der darauf im Mai d. J. auf dem Gnadenwege in die Kategorie der mit schlichtem Abschied entlassenen Offiziere zurückversetzt wurde; trotzdem wurde die allerhöchste Bestätigung versagt. Die Versammlung nahm ohne Erörterung eine Resolution an, in der das Bedauern ausgedrückt wird, daß die Stadt auf die Dienste einer so tüchtigen und gut empfohlenen Kraft verzichten müsse, und zur Tagesordnung übergegangen wird. Zugleich wurde die Wiederausschreibung der Stelle beschlossen.“

Somit steht fest, daß in Preußen ein Mann, der sich weigert, an einem Verbrechen theilzunehmen, nicht darauf rechnen darf, die Bestätigung für ein kommunales Amt zu erhalten. Der Fall ist wirklich symptomatisch und enthüllt den wahren Karakter des sogenannten „Rechtsstaates“. In Zentrumsblättern wird angedeutet, daß eine parlamentarische Besprechung der Angelegenheit in Aussicht stehe. Wenn da die Lieber und Kollegen den gleichen „Männerstolz vor Fürstenthronen“ zeigen wie in der Flottenfrage und in der chinesischen Angelegenheit, so kann sich bei der Sache auch noch der bürgerliche Parlamentarismus blamiren.

Als der „starke Mann“ wird der neue Minister in Koburg-Gotha, Herr Hentig, ausgerufen. Er soll eine „neue Aera“ einleiten. In der amtlichen „Gothaischen Zeitung“ wird auf eine bevorstehende Auflösung des Landtages hingewiesen, der nach den jüngsten Neuwahlen aus 9 Sozialdemokraten, 5 Agrariern, 4 Freisinnigen und einem Nationalliberalen besteht.

Daß dem neuen Minister der neue Landtag ebenso wenig gefällt wie seinem Vorgänger, glauben wir gern; es dürfte ihm aber schwerlich gelingen, durch Auflösung einen „besseren“ Landtag zu erzielen.

„Gehorsam ist des Christen Schmuck!“ Der Staatsrath von Elsaß-Lothringen sprach sich dafür aus, daß die für die Restaurirung der Hohkönigsburg geforderte erste Rate in Höhe von M. 150 000 bewilligt werde.

Die Hohkönigsburg ist Privatbesitz des Kaisers, der sich für deren Restaurirung sehr interessirt, aber die sehr erheblichen Kosten nicht aus seinem eigenen Geld zu bestreiten geneigt ist. Das Reich soll einen Theil bezahlen, den anderen Theil Elsaß-Lothringen. Außer der Kostenfrage kommen bei dieser Angelegenheit noch allerlei andere interessante Dinge zum Vorschein, deren Erörterung im Reichstage sehr angezeigt ist, da die deutsche „Preßfreiheit“ eine gründliche Besprechung in der Presse nicht zuläßt.

Der Volkskrieg, d. h. die Massenerhebung einer Nation zur Abwehr oder Vertreibung von Invasionsheeren, ist auf der famosen Haager Friedenskonferenz als unzulässig erklärt worden. Die militärischen und diplomatischen Zünftler, die im Uebrigen von einer Einschränkung der Kriegsmöglichkeit nichts wissen wollten, verbissen sich darauf, daß grade die nach vernünftiger Menschen Ermessen allein berechtigte Form des Krieges, der wirkliche nationale Vertheidigungskrieg gegen einen Angreifer, nicht geduldet werden dürfe, und daß die wirklichen Vaterlandsvertheidiger dem Standrecht verfallen, d. h. mit dem Tode zu bestrafen seien, falls man sich ihrer bemächtigen könne. Dieser Beschluß der Haager Konferenz ist eine nachträgliche Rechtfertigung der Erschießung von Andreas Hofer auf Befehl Napoleons, der Behandlung der Schill'schen Schaar als Räuber u. s. w. Auch der preußische Landsturm von 1813 wäre nach dieser Theorie dem Standrecht verfallen gewesen und — um ein Beispiel aus neuester Zeit anzuführen — die Engländer wären berechtigt, die den Guerillakrieg führenden Boeren und ausländischen Freiwilligen kurzerhand standrechtlich zu erschießen, wenn diese in Gefangenschaft fallen.

Nur die Vertreter der Schweiz hatten auf der Haager Konferenz gegen diese Theorie Einspruch erhoben, jedoch fruchtlos. Die Folge ist, daß die Schweiz der Haager Konvention in diesem Punkt nicht zustimmen wird. Der Ständerath hat auf Antrag des Bundesrathes beschlossen, die Schweiz solle der Haager Konvention, betreffend die Regelung des Landkrieges, nicht beitreten, da die Konvention Volkskrieg und Massenerhebungen außer Schutz des Kriegsrechtes stelle. Mehrere Redner hatten erklärt, der Beitritt zur Konvention läge im schweizerischen Interesse. Der Bundespräsident bemerkte, die Schweiz würde durch Annahme der Konvention erklären, daß die kämpfenden Volksmassen dem Standrecht verfallen.

Die Wahlen zum österreichischen Reichsrath, die schon seit einiger Zeit im Gange sind, deren Abschluß aber erst im Anfang des nächsten Jahres erfolgen wird, haben besonders in Galizien wieder Maßregeln hervorgerufen, welche die Brutalität des dort herrschenden polnischen Adels auf's Neue beweisen. Als Einleitung zu den galizischen Wahlen wurde der sozialdemokratische Kandidat Sulczewski in Tarnow wegen Preßvergehens verhaftet. Daszynski, der ebenfalls eingesperrt werden sollte, erhielt vom Justizminister einen Strafaufschub, worüber die Schlachta (der Adel) so ergürnt ist, daß ihr Organ „Czas“ sich die Konfiskation zuzog.

Im Uebrigen wird ganz nach der alten Methode gearbeitet. Die nebenbei auch antisemitischen Schlachzizen zwingen die von ihnen abhängigen jüdischen Wirthe, sich als Wahlmänner aufstellen zu lassen, gleichviel unter welcher Flagge. Bei der Abgeordnetenwahl muß dann der Jude einfach für seinen antisemitischen Bedrücker stimmen und dieser zieht dann als „Volksvertreter“ in den Reichsrath ein. Macht sich die Empörung der betrogenen Urwähler an dem „umgefallenen“ Wahlmann Luft, kommt es zu den in Galizien mit jeder Wahl verbundenen Exzessen, dann freut sich der Schlachziz noch extra, wenn der „Jude“, der ihn wählen mußte, mißhandelt oder in seinem Eigenthum geschädigt wird.

In Belgien haben am Dienstag die Linke der Kammer und des Senats beschlossen, eine geschlossene parlamentarische Oppositionsgruppe gegen die klerikalen Parteien zu bilden. Ihr Programm betrifft: Einführung der persönlichen Wehrpflicht, Schulzwang und verhältnißmäßige Wahlen für die Parlamente und die Kommunen. In Betreff des allgemeinen, gleichen Stimmrechts ist ein Ausschuß von acht Mitgliedern ernannt worden, welcher diese Frage einem eingehenden Studium unterziehen wird.

Die Spielhöllenfrage wird zur Zeit in der belgischen Kammer wieder erörtert. Der Radikale Lorand hatte am Freitag den Antrag gestellt, gleichzeitig mit der gegenwärtigen, bekanntlich von Woeste erzwungenen Diskussion solle der vom Senate vor Jahren bereits angenommene, aber in den Akten begrabene Gesetzesantrag des verstorbenen Senators Baron de Coninck von der Kammer berathen werden. Dieser Antrag de Coninck, der also nur noch die Kammer zu passiren hätte, um Gesetzeskraft zu erlangen, geht noch radikaler zu Werke als der Antrag Lejeune. Der Ministerpräsident bestritt jeglichen Zusammenhang zwischen der heutigen Besprechung und dem Antrage de Coninck. Was über die Sittenzustände in den belgischen Spielorten, in Ostende, Spaa, Namur, Dinant, von den vertrauenswerthesten Personen, von Richtern, Geistlichen, Polizeibeamten berichtet wird, spottet aller Beschreibung. Alles verworfene Gelichter beiderlei Geschlechts strömt hier zusammen.

Wir werden, sobald ausführliche Berichte über den Verlauf der Kammerverhandlungen vorliegen, dieselben unseren Lesern mittheilen, schon um zu zeigen, wie einsichtig die Hamburger Justiz war, als sie auf Kosten des „Hamburger Echo“ den Belgierkönig Leopold zu einer Ehrenrettung verhalf, die vor einem belgischen Gericht, wo man die Verhältnisse etwas näher kennt, nicht möglich gewesen wäre, auch trotz aller Provokationen nie versucht worden ist.

Der französische Senat berieth am Dienstag die Vorlage, betreffend Vermehrung der Flotte. Combes hält die Vorlage für unzureichend, da sie der Marine keine Kraft zur Offensive verleihen werde. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bliebe der französischen Flotte im Kriege nichts übrig, als sich in den Hafen zurückzuziehen, um dort eine günstige Gelegenheit zur Aktion abzuwarten. Als ruchloser Englandhetzer spielte sich der General Mercier, der Meineidsschwörer aus dem Prozeß Dreyfus, auf. Er sprach sich gleichfalls für die Nothwendigkeit der Offensive, sowohl im Landkriege wie im Seekriege, aus und meinte, bei der übrigens wenig wünschenswerthen Möglichkeit eines Konflikts mit England müsse man an eine Landung der Truppen jenseits des Kanals denken. Er beantrage, die Regierung möge aufgefordert werden, Alles für die Einschiffung von Landungskorps vorzubereiten. (Mehrfache Unterbrechungen.) Der Präsident bemerkte dem Redner, sein Antrag sei bei Besprechung der Regierungsvorlage nicht am Platze, er werde denselben jedenfalls nicht zulassen.

In der italienischen Kammer erklärte am Dienstag auf verschiedene Interpellationen über das Programm des Kabinets der Ministerpräsident Saracco, es sei durchaus falsch, daß innerhalb des Kabinets Meinungsverschiedenheiten beständen, alle Minister seien einig bezüglich der Beschlüsse, die zum Wohle Italiens und der Monarchie, die beide untrennbar seien, getroffen würden. Dem Deputirten Ferri erwiderte der Ministerpräsident, er verstehe wohl, daß die äußerste Linke einer Politik das Wort rede, die auf die Herabsetzung der militärischen Kräfte und auf die Verminderung der öffentlichen Schuld hinziele. Die Regierung wolle aber, ohne irgend welche Erweiterungen anzustreben, weder eine Schwächung des Staates noch den Bankerott. Die Regierung werde in dem Verwaltungstheile des Kriegsbudgets zwar sparsam wirthschaften, aber niemals die Zustimmung dazu geben, daß der Effektivbestand des Heeres vermindert werde. Es sei Zeit, dem Volke klar zu machen, daß Freiheit Geld koste. Diejenigen, die sich derselben erfreuen wollten, müßten Opfer bringen (Zwischenrufe); indessen müßten die Bürger die Wohlthaten anerkennen, die ihnen durch die Begründung des einigen Italiens zu Theil geworden seien. Dem Deputirten Tecchio gegenüber führte Saracco aus, welche Vortheile dem Lande durch die vom Ministerium beabsichtigten finanziellen Maßnahmen zugesichert seien. Indem er auf diese näher einging, erklärte der Ministerpräsident, man könne nicht mehr thun, ohne das Gleichgewicht des Budgets zu gefährden oder neue Schulden zu machen, was die Regierung nicht wolle. Saracco schloß: Er wolle mit dem Gesetze und im Rahmen des Gesetzes sein Amt führen; wenn jedoch die Einrichtungen des Landes bedroht werden sollten, so werde die Regierung diese gegen Alle und Jedermann unerbittlich vertheidigen. (Lebhafter Beifall.) — Nach einigen Bemerkungen der Interpellanten wurde die Debatte geschlossen.

Ueber die Reden der Interpellanten, die zweifellos das Wichtigere der Debatten gewesen sind, bringt der offiziöse Telegraph wieder einmal nichts. Nach dieser hübschen Methode der Berichterstattung haben natürlich die Minister immer Recht.

In Südafrika macht sich unter den Afrikandern eine lebhafte Bewegung zu Gunsten der Boerenrepubliken immer mehr geltend. Dreihundert Afrikander aus Kapland überreichten am Sonnabend Abend den Herren Merriman und Sauer, den Führern des Afrikanderbonds, in Stellenbosch eine Adresse, die, wie sie sagten, von einer erdrückenden Mehrheit der Afrikander ausgehe. Die Adresse sprach den Führern Dank und Vertrauen aus. Mr. Merriman sagte, England habe durch den Krieg ein für allemal seinen Ruf als Hort der Freiheit verloren. Die Geschichte dieses Krieges sei eines der schwärzesten Blätter in den britischen Annalen. Er habe sich alle Mühe gegeben, die Berichte über die britischen Rohheiten nicht zu glauben, aber die Kundgebung Generals Bruce-Hamiltons sei eines britischen Generals unwürdig. Sie erinnere an Tilly und Wallenstein. Eine solche Kriegführung ermuthige die schlimmsten Elemente auf beiden Seiten. Die Loyalität der Holländer am Kap sei nicht in der Weise anerkannt worden, wie sie es verdiene. Allen Versuchungen zum Trotz seien sie loyal geblieben, obwohl es in ihrer Hand gelegen habe, England derart in's Unglück zu stürzen, daß es sich nie wieder hätte erholen können. In Bezug auf den Kongreß in Worcester ermahnte Merriman die Afrikander, gemäßigt zu bleiben. Er und Sauer wollten dem Kongreß nicht beiwohnen, damit man nicht sagen könne, er sei das Werk von Politikern, während er doch nur der Ausdruck der Volksmeinung sei. Die Afrikander sollten sich daran erinnern, daß sie sich noch nicht an das House of Commons gewandt hätten. Sie sollten jeden Zoll ihres Rechtes vertheidigen. In England fange man jetzt an, einzusehen, daß die Kapitalisten den Krieg angezettelt hätten. Immerhin sei Mäßigung am Platze, wenn man nicht wolle, daß die allgemeine Lage in Südafrika noch unangenehmer werde. Mr. Sauer sagte, die Afrikander sollten loyal bleiben. Allerdings sei der Gouvernör ein Parteipolitiker schlimmster Sorte geworden, und ein solcher Gouvernör sollte nicht länger im Lande bleiben dürfen. Es sei sehr schwer für die holländischen Kolonisten, sich unter solchen Umständen ruhig zu verhalten, es sei aber nothwendig. Wenn Großbritannien die beiden Republiken ihrer Selbstständigkeit berauben würde, würde es die Sympathien aller Afrikander verlieren. Zum Schluß plädirte Mr. Sauer für Standhaftigkeit bei dem Kongreß von Worcester.

Bloemfontein wird von Neuem gegen einen etwaigen Angriff befestigt. Rund um die Stadt sind Außenposten aufgestellt, größere Abtheilungen ziehen während der Nacht auf Wache und längs der Eisenbahnlinie sind Minen gelegt.

Aus Edenburg wird gemeldet, daß alle Boerenfarmer zwischen Rouxville und Smithfield sich erhoben haben, um sich Dewet anzuschließen, jedoch soll es ihnen an Gewehren und Munition mangeln, weshalb sie zum Theil unbewaffnet dem Kommando folgen. Das Caledonthal steht damit den Boeren offen und immer zahlreicher werden die englischen Stimmen, welche energisch eine stärkere berittene Truppenmacht fordern, damit Dewet endlich „abgethan“ werden könne.

In Cundgleugh bei Ladysmith tauchte am 29. November ein Boerenkommando mit 50 bewaffneten Berittenen auf; ein ähnliches Kommando soll sich in der Nachbarschaft befinden.

Wie die englische Militärdiktatur in den Boerenrepubliken wirkt, darüber giebt ein von der „Köln. Ztg.“ veröffentlichter Privatbrief aus Pret